

2623/AB
vom 24.09.2025 zu 3093/J (XXVIII. GP)
Bundesministerium bmwet.gv.at
Wirtschaft, Energie und Tourismus

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.595.230

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3093/J-NR/2025

Wien, am 24. September 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Leonore Gewessler, BA und weitere haben am 24.07.2025 unter der **Nr. 3093/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Österreichische Positionierung gegen Atomkraft auf EU-Ebene** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2, 4, 6 und 7

- *Welche Schritte unternimmt Österreich auf EU-Ebene, um neue Investitionen in die gefährliche Atomkraft (inklusive SMRs) möglichst zu verhindern sowie gegen direkte und indirekte EU-Beihilfen (Transferzahlungen, Garantieübernahmen, etc.) für Atomkraft einzutreten?*
- *Hat Österreich sich im EU-Rat und in den vorbereitenden Ratsarbeitsgruppen und Stellungnahmen seit März 2025 gegen direkte und indirekte EU-Beihilfen für die Atomkraft-Lieferkette ausgesprochen? Wenn ja, wann und wie?*
- *Hat Ihr Ministerium seit März 2025 Kontakt mit Regierungen anderer EU-Länder aufgenommen, um gegen die Bereitstellung von direkten und indirekten EU-Förderungen für die Atomkraft-Lieferkette einzutreten? Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?*
- *Der deutsche Kanzler Friedrich Merz möchte laut Berichten "die Diskriminierung von Atomenergie auf EU-Ebene beenden". Welche Position vertritt Österreich im*

Rat der Europäischen Union zu dieser Frage? Sind Sie oder Ihr Ministerium dazu mit der deutschen Bundesregierung im Austausch? Wenn ja, wie und wann?

- *Die deutsche Wirtschaftsministerin Katharina Reiche hält eine "Förderung französischer Atomanlagen mit EU-Mitteln auch für vorstellbar". Welche Position vertritt Österreich im Rat der Europäischen Union zu dieser Frage? Sind Sie oder Ihr Ministerium dazu mit der deutschen Bundesregierung im Austausch? Wenn ja, wie und wann?*

Dazu ist zuständigkeitsshalber grundsätzlich auf die Ausführungen in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3094/J durch den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft zu verweisen.

Aus Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus ist ergänzend auszuführen, dass sich Österreich beispielsweise am EU-Energieministerrat vom 16. Juni 2025 dahingehend gegen EU-Beihilfen für Atomkraft geäußert hat, dass EU-Gemeinschaftsmittel nur für den Ausbau sicherer, nachhaltiger und umweltfreundlicher Energie verwendet werden sollten, was aus österreichischer Sicht nur auf erneuerbare Energieträger zutreffe. Dazu gab Österreich auch gemeinsam mit Spanien eine Protokollerklärung ab.

Auch im Rahmen der regelmäßigen Überarbeitungen der EU-beihilfenrechtlichen Grundlagen durch die dafür zuständige Generaldirektion "Wettbewerb" der Europäischen Kommission (EK) wurde von Seiten der österreichischen Delegierten für das EU-Beihilferecht regelmäßig klar gegen die Einbeziehung der Förderung für die Errichtung und den Betrieb von Kernkraftanlagen in die allgemeinen EU-beihilferechtlichen Grundlagen Stellung bezogen.

Zur Frage 3

- *Welche Position hat Österreich im EU-Energieministerrat und in den vorbereitenden Ratsarbeitsgruppen und Stellungnahmen zum Atomkraft-Programm PINC der EU-Kommission eingenommen? Insbesondere beim Rat am 16. Juni 2025?*

Österreich hat sich im Rahmen der vorbereitenden Ratsarbeitsgruppen kritisch zum PINC geäußert und dabei die starke Befürwortung des Ausbaus der Kernenergie und neuer Reaktortypen wie SMR im PINC kritisiert; dies auch, da zahlreiche Aspekte noch nicht ausreichend berücksichtigt sind und belastbare Erfahrungen bislang fehlen. Ebenso wurde die Einschätzung der EK in Frage gestellt, wonach die Kernenergie in der EU bis 2050 auf knapp 109 GW ausgebaut werden soll. Österreich hat dabei eine Unterstützung durch EU-

Gemeinschaftsmittel vehement abgelehnt und gefordert, dass Gemeinschaftsmittel ausschließlich für Sicherheit, Schutz, Rückbau und Notfallmanagement eingesetzt werden dürfen. Eine Ausarbeitung von Ratsschlussfolgerungen zum PINC wurde von Österreich abgelehnt.

Zur Frage 5

- *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Österreich in dieser Legislaturperiode seine Aktivitäten in der Allianz "Friends of Renewables" weiter ausbaut und sich weiterhin für den raschen Ausbau der erneuerbaren Energie einsetzt?*

Im aktuellen Regierungsprogramm wird bekräftigt, dass Österreich "eine starke Stimme gegen Atomenergie sein [müsste], gegenüber unseren Nachbarn, aber auch innerhalb der Europäischen Union". Österreich wird sich dafür in unterschiedlichen Gremien einsetzen, auch weiterhin als Teil der Gruppe "Friends of Renewables" auf Ebene der EU.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

